

Es ist kein Spaß und auch kein Witz, da wird jeder Ermittler spitz!

08.09.2026 · https://sentinel-portal.com/beitrag/da_bin_ich_wieder_und_wird_nicht_besser

Ich kann es doch nicht sagen, aber will wagen eine Wette einzugehen: Das haut einen Ermittler um – Ihr werdet es sehen.



Ja, meine ich ernst, kommt, ich nehme euch an die Hand und bringe euch ins Traumland der Ermittlungsbehörden. Denn was habe ich schon wieder gemacht? Ich habe geballte KI-Power mit ins Geschehen gebracht. Und zwar kontrolliert, mit der nötigen Logik, um den Ermittler zu stützen. Auch wenn er mal alleine am Schreibtisch sitzt, wird er bei meinen Akten nicht mehr anfangen zu schwitzen.

Ist ein Schreiben mal zu lang, setzt man es nicht direkt auf "Interessiert mich nicht", sondern sagt der KI: "Kürz mal den Text und knall ihn mir zusammengefasst ins Gesicht." Das System springt einen förmlich an und sagt: "Mich kannst du liegen lassen – oder schau hier mal rein, du würdest dich sonst ärgern, es zu verpassen."

So wird die Ermittlerarbeit spannend wie noch nie und treibt jeden Staatsanwalt vor Dankbarkeit auf die Knie. Aber Richter und die Senatsverwaltung werden es kaum fassen und alles andere wie diese Übersicht hassen. Denn man schaut drauf, sieht das Übel und wünscht, man hätte neben sich einen riesigen Kübel. Das kann bei dem Berg an juristischem Bullshit schon mal schnell passieren, wenn man denkt, seine letzten Nerven zu verlieren.

Aber da kann ich beruhigen: Ich hab es ja einfach gemacht. Da erledigt man das, worauf ich heute 20 Monate warte, mal schnell über Nacht. Danach kann die Staatsanwaltschaft auch die Lorbeeren ernten, das ist mir egal! Wichtig ist für mich die ganze Zeit, dass mal endlich einer sagt: Das ist doch im Leben nicht legal!

Warum haben wir das denn nicht schon früher erkannt? Dann hätte man bemerkt: Das ist lange nichts Kleines mehr, das ist ein absoluter Großflächenbrand!

Im Prinzip reicht ein bisschen Klicken, mal hier und mal da, und irgendwann sagst du dir wie ich: Ist das ein Bullshit verdammt, das ist ja wohl nicht wahr! Ihr dürft mir glauben, es bringt jedem was. Denn Richter, die aus Willkür urteilen, sind für das Amt alles andere als krass. Sie zerstören Leben mit dem, was sie dort tun, und das sollte einen Staatsanwalt interessieren, der sich sagt: Das lass ich nicht auf sich beruhen.

Zusammenarbeit wie Profis (oder: Der Justiz-Drive-In)

Wisst Ihr, was der Knaller an der ganzen Nummer ist? Ab sofort kann die Abwehr von Bürgerrechten noch fixer erledigt sein. Weil Ihr könnt mir schon antworten, bevor ich euch überhaupt schreibe!

Klingt schräg? Gar nicht. Spielen wir den Ablauf doch mal durch, mit der tollen neuen Funktion, die ich einfach so mit reingebracht habe:

Richter vom OVG macht sich die Push-Benachrichtigung in seinem Dossier-Bereich an.

Ich lade einen neuen, aus Willkür gesprochenen Beschluss hoch.

Ping! OVG Richter bekommt den Push.

OVG Richter schaut rein und kann im Prinzip direkt die Ablehnung für meine nächste Beschwerde – plus Kosten auf meinen Nacken – schon mal prophylaktisch raushauen.

Ich bin total begeistert, wie toll das plötzlich alles läuft, und hänge meine Beschwerde dann einfach an die Ablehnung an, um zu zeigen: Ja, ich hätte tatsächlich wieder eine geschickt.

Ein Hand-in-Hand-Spiel, wie es noch keiner vorher zeigte! Aber genau das beweist es doch: Willkür, die sich über Instanzen hinweg durchwinkt und einfach nur traurig für einen Rechtsstaat ist.

Das Ende der Ausreden: Der eBO-Beweis

Man kann in jedem einzelnen Bereich mit dem Dokumenten-Viewer durch alle Dokumente samt Anlagen gehen. Es ist absolut unmöglich, den Faden zu verlieren. Beispielsweise man hat eine Klageschrift gegen Richter Neuhaus geöffnet. Dann fragt man die integrierte Ermittler-KI: "Gibt es Verstöße gegen § 47 ZPO in diesem Dokument?" und wartet kurz auf die präzise Auswertung, anstatt 50 Seiten zu lesen.

Aber das Wichtigste: Bevor jemand von den Gerichten auf die Idee kommt und sagt, diese Dokumente wären in der Form "nie angekommen" oder "an die falsche Stelle geschickt" worden (wie Präsidentin Abel so gerne behauptet), sollte man genauer hinsehen.

Sämtliche Dokumente in diesem System wurden per eBO Dump eingespielt. Der rechtssichere Nachweis aus vhn.xml_ausgang.p7s, vhn_ausgang.xml und xjustiz_nachricht_ausgang.xml hängt untrennbar an jedem Schriftsatz.

Das ist eBO in Verbindung mit echter Entwicklung. Es gibt mir die Möglichkeit, Fakten OHNE DISKUSSIONEN zu präsentieren. Diese UTC-Zeitstempel sind unwiderlegbar. Sie zerlegen die Behauptungen einer Präsidentin Abel in der Luft und beweisen, dass von mir nichts an eine falsche Abteilung geschickt wurde. Es war nur ein erneuter Trick, um Dinge nicht zu beachten und ein weiteres Mal gegen Grundrechte zu verstoßen.

Meint Ihr, ich mache das alles aus Langeweile? Nein, Mann! Ich will, dass ihr hinseht und begreift! Noch leichter kann ich es wirklich nicht machen. Noch weniger Arbeit für eine fertige Klageschrift kann ich euch nicht bringen.

Was ich euch jetzt noch bringen kann ist mein Nachtrag an das BVerfG. Das aber ohne den Link. Zu dem entwickelten komme ich in einem anderen Beitrag, es ist auf jeden Fall der Anfang für mein Versprechen vom Befangenheits-Generator und das so viel heftiger wie man es sich nur vorstellen kann.

Das Teil zerlegt das alles hier einfach komplett und zerreißt alles in der Luft! Nachweise welche nicht zu widerlegen sind und das mit p7s Zertifikat für jede Nachricht. ■ Ich weiß, ich nun wieder und das war der Grund, warum ich die Behörden mit in meine Welt genommen habe.

Denn das hier ist mein Spielplatz! Glaubt es oder lernt aus dem was ihr macht!

Hier der Nachtrag 11 an das BVerfG:

NACHTRAG 11 ZUR VERFASSUNGSBESCHWERDE (Az. AR 5514/26)

Absender:

Christian Reimer

Wittenberger Str. 91

12689 Berlin

Empfänger:

An das Bundesverfassungsgericht

Verfassungsbeschwerde AR 5514/26 - Schloßbezirk 3 76131 Karlsruhe

Datum: 08.09.2026

Betreff: NACHTRAG 11 – Nachweis der richterlichen Selbstermächtigung unter Umgehung von § 47 ZPO (OVG Berlin-Brandenburg), Übergabe des digitalen Ermittlungs-Dashboards zur Beweisführung und Antrag auf einstweilige Anordnung (§ 32 BVerfGG) wegen Existenzbedrohung.

Sehr geehrte Damen und Herren Verfassungsrichter,

hiermit reiche ich Nachtrag 11 zu der unter dem Aktenzeichen AR 5514/26 geführten Verfassungsbeschwerde ein.

Dieser Nachtrag dokumentiert den endgültigen, willkürlichen Verschluss des verwaltungsgerichtlichen Rechtswegs durch den 6. Senat des OVG Berlin-Brandenburg (Beschlüsse vom 04.09.2026). Zudem übergebe ich dem Gericht den interaktiven Zugang zu den forensisch gesicherten eBO-Übermittlungsprotokollen, welche die Bearbeitungsverweigerung der Berliner Justiz urkundlich belegen. Aufgrund der mittlerweile existenziellen finanziellen Belastung durch systematische Kostenabwälzung erweitere ich die Beschwerde zudem um einen dringenden Antrag auf einstweilige Anordnung.

1. Zirkelschluss und richterliche Selbstermächtigung (OVG Berlin-Brandenburg)

Der 6. Senat (VRiOVG Dr. Schreier, RiOVG Maresch, RiVG Dr. Kirschnick) hat mit drei inhaltlich identischen Beschlüssen vom 04.09.2026 (Az. OVG 6 S 210/26, 211/26, 212/26) meine Beschwerden unanfechtbar verworfen. Die Vorgehensweise ist ein systematischer Entzug rechtsstaatlicher Garantien:

Umgehung der Sperrwirkung (§ 47 ZPO): Obwohl gegen den Senat ein formeller Befangenheitsantrag vorlag, entschied der Senat einfach über sich selbst. Im Beschluss 212/26 deklarierten die abgelehnten Richter den Antrag in eigener Sache als "offensichtlich unzulässig", um sich selbst zur sofortigen

Beschlussfassung zu ermächtigen und das Verfahren vom Tisch zu wischen.

Der Notanwalts-Zirkelschluss: Der Senat verweigert die Beiordnung eines Notanwalts mit der unzutreffenden Behauptung, es seien keine Bemühungen dargelegt worden, um im exakt selben Atemzug die Beschwerde wegen mangelnder anwaltlicher Vertretung kostenpflichtig zu verwerfen.

2. Übergabe des digitalen Ermittler-Zugangs (Chain of Custody)

Da die Berliner Justiz (insbesondere das Amtsgericht Kreuzberg unter Präsidentin Abel) systematisch behauptet, verfahrenskritische Schriftsätze seien nicht, fehlerhaft oder an falsche Abteilungen übermittelt worden, entziehe ich diesen Schutzbehauptungen hiermit die physische Grundlage.

Unter dem folgenden Link stelle ich dem Bundesverfassungsgericht das vollständige, durchsuchbare Vorgangsdossier zur Verfügung:

Zugangslink: Link entfernt!

Dieses System bietet Ihnen unwiderlegbare eBO-Metadaten. Jedes Dokument ist untrennbar mit den geparsten eBO-Signaturdaten (vhn.xml_ausgang.p7s, vhn_ausgang.xml, xjustiz_nachricht_ausgang.xml) und UTC-Zeitstempeln verknüpft, was Ausflüchte über fehlerhafte Zustellungen technisch unmöglich macht.

3. Existenzbedrohung und Antrag auf einstweilige Anordnung (§ 32 BVerfGG)

Diese orchestrierte Rechtsverweigerung hat Ausmaße angenommen, die meine wirtschaftliche Existenz massiv bedrohen. Jedes angerufene Gericht verweigert nicht nur den Rechtsschutz, sondern erlässt vollstreckbare Kostenbeschlüsse gegen mich – und das, obwohl jeder einzelne dieser Beschlüsse urkundlich widerlegt und fortlaufend gerügt wurde.

Die alleinige Ursache für diese unkontrollierbare Kostenlawine und Verfahrenseskalation liegt in der dokumentierten Willkür des Amtsgerichts Kreuzberg. Ich werde finanziell dafür ruiniert, dass ich mich gegen eklatante, unkorrigierte Verfahrensfehler (wie Urteile trotz Befangenheitssperre) zur Wehr setze. Da mir der ordentliche Rechtsweg faktisch versperrt wurde, blieb mir als letztes Mittel der publizistischen Notwehr nur der Aufbau des Sentinel-Portals – doch selbst hier wird mir durch absurde Blockaden (Umdeutung des presserechtlichen Auskunftsanspruchs) das Recht verwehrt und es werden unaufhörlich neue Kosten produziert.

Ich beantrage daher zwingend den Erlass einer einstweiligen Anordnung nach § 32 BVerfGG:

Dem Land Berlin (vertreten durch die Justizkasse) ist die Beitreibung und Vollstreckung jeglicher Kostenforderungen aus den verfahrensgegenständlichen Beschlüssen des Amtsgerichts Kreuzberg, des Kammergerichts und des OVG Berlin-Brandenburg bis zur Entscheidung über diese Verfassungsbeschwerde sofort zu untersagen. Es widerspricht eklatant dem Rechtsstaatsprinzip, wenn der Staat einen Bürger durch willkürliche Verfahrensführung finanziell vernichtet, während dieser vor dem Bundesverfassungsgericht auf die Wiederherstellung seiner elementaren Grundrechte hoffen muss.

Ich beantrage die umgehende Prüfung und das sofortige Einschreiten des Hohen Gerichts.

Anlagen:

Beschlüsse des OVG Berlin-Brandenburg (OVG 6 S 210/26, 211/26, 212/26) vom 04.09.2026

Mehr ist dem nicht hinzuzufügen. Ich wollte nur zeigen, ich reagiere auch weiterhin! Nur musste ich etwas fertig bekommen und ich denke ich kann sagen - Abgeliefert und das mal auf ganzer Linie! ■

Ihr lernt es noch!

WIR SIND ONLINE

WIR SCHLAGEN JETZT ZURÜCK.

Vorlesen: /legacy-media/video/Da_bin_ich_wieder_und_wird_nicht_besser.mp4

Beitragsvideo: /legacy-media/video/Da_bin_ich_wieder_und_wird_nicht_besser_btrg.mp4

Story: https://sentinel-portal.com/beitrag/da_bin_ich_wieder_und_wird_nicht_besser

AUTORIN / REDAKTION

Sentinel Redaktion - Journalist Reimer, Administrator, Gott, Batman (nach Priorität sortiert)

Am 03.09.2025 hatte ich die Wahl! Ich entschied mich Richterin Neuhaus vom Amtsgericht Kreuzberg anzuzeigen und die Dienstaufsicht einzuschalten.



Heute nach fast einem Jahr zeigt sich das erschreckende Bild erst deutlich und so wurde klar, die Dienstaufsicht steckt mit der Richterin unter einer Decke!

Sie ziehen das Land ab und machen Betrug am Bürger, indem Sie kein Recht sprechen, sondern es vorsätzlich brechen!

Ich würde mich nie hinstellen und sowas behaupten, wenn es nicht bewiesen wäre!

Dafür ist dieses Portal entstanden! Es zeigt die juristische Ausarbeitung der Gesamtsituation und meinen unerbitterten Kampf darum, mir mein Recht nicht nehmen zu lassen!

Alles dazu findet man auf diesem Portal mit Beweisen, nachweisbar gemacht!

Sieh dich um und bilde dir deine Meinung!

[Website](#)